

## Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

### Eisenmann (CDU) versagt in der Schulpolitik auf ganzer Linie

#### Negativrekord bei Stellenbesetzungen

Nach zehnjähriger Diskussion über Sanierungsmaßnahmen liegt jetzt eine fundierte Bauplanung über einen qualitativ neuen Schultypus am Hohenberg vor. Jahrelang hatte die Landesregierung Gelder für Schulbau und -sanierung zusammengestrichen, so dass es 2018 im Ländle ein Investitionsrückstand von fast 48 Milliarden Euro gab.

Der alte Hohenberg-Bau hätte nur mit extrem viel Geld erneuert werden können, nun entsteht eine Verbundschule aus Real- und Werkrealschule. Dies bringt mehr Landeszuschüsse, weil Rottenburg kreisweit das einzige Angebot einer Werkrealschule garantiert und gleichzeitig Realschüler aufnimmt.

Dies ist für die individuelle Entwicklung der Schüler\*innen angemessener und erleichtert einen Wechsel der Schulart. Dem entspricht die Architektur von Klassenzimmern und Clustern, um dem selbstbestimmten Lernen mehr Raum zu geben. Außerdem bleibt nach der Abtrennung der Grundschule von der Werkrealschule trotzdem eine räumliche Nähe für Geschwisterkinder erhalten.

#### Gemeinschaftsschule im Vormarsch

Beides, Architektur mit Raumclustern und individualisiertes Lernen, sind

Elemente der Gemeinschaftsschule, die in Rottenburgs Kernstadt wie im gesamten Ländle von der CDU mit Unterstützung des Philologen-Ver-

Tübingen (plus acht Prozent) und Reutlingen (plus 18 Prozent) sowie die gleichzeitige Halbierung der Zahl an Haupt- und Werkrealschulen innerhalb von sieben Jahren (2011: 829 – 2018: 458) belegen dies. Nur Kultusministerin Eisenmann (CDU) blockiert immer noch den Ausbau von Gemeinschaftsschulen mit einem gymnasialen Zug. In Tübingen konnte auf Druck der Eltern ein gemeinsamer, inzwischen dreizügiger Gymnasialzug für die drei (sehr erfolgreichen) Gemeinschaftsschulen durchgesetzt werden.

#### Digitalisierungswahn

Wichtiger als die notwendige Bildungsreform scheint Eisenmann ihre Lobby-Arbeit für die Digitalkonzerne zu sein. Nachdem sie mit der Bildungsplattform ELLA Millionen versenkt hat (bis 2019 wollte sie für das „digitale Leuchtturmprojekt“ 28 Mio. Euro ausgeben!), wird überall die Digitalisierung der Schulen vorangetrieben.

In Rottenburg ist dies Investitionsschwerpunkt in den nächsten Jahren und kostet Millionen. Dabei zahlt das Land nur die Anschubfinanzierung (80%), neben den 20 Prozent am Anfang müssen die Kommunen dauerhaft für neue Geräte (etwa alle fünf Jahre), Wartung und Support aufkommen.

>>>



#### Und was hat sich seitdem getan?

bandes lange als „Einheitsschule“ difamiert und bestenfalls in Randgebieten (Ergenzingen) genehmigt wurde.

Die neue Verbundschule macht sie mit ihrem Raumangebot immer noch möglich. Denn die stark gestiegene Nachfrage nach der Gemeinschaftsschule in

#### Lesen Sie weiter:

S21 - Ein Offenbarungseid folgt dem nächsten Seite 3

Stoppt den Ausverkauf der Natur Seite 5

OB Palmers Blamage mit „Liste der Auffälligen“ Seite 7

Großer Personalmangel in der Verwaltung Seite 8

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Rottenburgs Verwaltung will dies über externe Spezialisten organisieren und finanzieren. Die neuen Tablets für die Grundschulen sind seit langem angekündigt und lassen auf sich warten. Dies geht den Kreisberufsschulen genauso! Wie es mit einer neuen, einheitlichen Bildungsplattform aussieht, steht ebenfalls in den Sternen.

Die Millionenausgaben, die in diesem Bereich anfallen, blockieren allerdings in Rottenburg den Bau des Außenaufzuges mit umlaufender Treppe am EBG, der seit Jahren von einem Haushalt in den nächsten verschoben wird. Da die innere Treppe nur 1,50 breit ist, verstößt sie jetzt gegen Corona-Auflagen und ist zudem nicht barrierefrei. Außerdem fehlt im Haushalt eine Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume im EBG, die 30 Jahre alt sind und einen zeitgemäßen Unterricht verhindern.

### „Flexibler“ Ganztagsunterricht

Eisenmann versagt auch im Ausbau des Ganztagsunterrichts, mit dem sie bundesweit den letzten Platz einnimmt. Im Ländle kam er auf 25,1 Prozent der Schüler\*innen bei einem Bundesdurchschnitt von 46,9 Prozent.

Scharf kritisiert der **Südwestmetall-Geschäftsführer Stefan Küpper** dafür Eisenmann:

*„Dass Baden-Württemberg weiterhin Schlusslicht bei der Ganztagsinfrastruktur ist, verschlechtert die Chancengerechtigkeit zusätzlich und erhöht die Bildungsarmut.“*

Denn gerade für Schüler\*innen mit Lernproblemen ist der Ganztagesunterricht notwendig. Die ungenügenden Förderangebote tragen dazu bei, dass der Anteil der Schulabgänger ohne mindestens einen Hauptschulabschluss

zu haben von 5,7 (2013) auf 6,8 Prozent (2018) kontinuierlich gestiegen ist. Aber Eisenmann blockiert mit ihrem „flexiblen“ Sonderweg fürs Ländle (verpflichtende oder freiwillige Ganztagschule) die Einigung mit allen anderen Bundesländern und 750 Mio.



Euro, die sie vom Bund erhalten sollen. Eisenmanns „Loblied“ der Flexibilität hat zum Kern, dass sie die Kosten für diesen unterstützenden Unterricht auf die Kommunen abwälzen will. Würde das Land für verpflichtende Qualitätsstandards und deren Kontrolle zuständig sein, müsste es auch für die Gesamtkosten aufkommen.

Geld auf Kosten von Schüler\*innen und Lehrkräften einzusparen, darin ist die Unterstützerin von Friedrich Merz als Bundeskanzlerkandidat groß:

**2019 hat sie wieder kurz vor den Sommerferien 9.000 angestellte Lehrkräfte und gut ausgebildete Referendare in den unbezahlten „Urlaub“ entlassen, bundesweit ein Spitzenplatz. Lehrermangel und Unterrichtsausfall am Schuljahresbeginn sind vorprogrammiert. Am Beginn dieses Schuljahres war er an den Grundschulen noch krasser, denn für 3.400 Stellen gab es keine einzige Bewerbung: „Extremer Lehrermangel an Grundschulen“, titelte die Stuttgarter Zeitung.**

Das wird sich in den nächsten Jahren kaum ändern, weil Eisenmann zu wenig Studienplätze für diesen Schultypus erlaubt: Für 2.000 Studienplatzbewerber an der PH Karlsruhe stehen nur 230 Plätze zur Verfügung.

Hinzu kommt, dass Lehrkräfte an Grundschulen die höchste Stundenzahl unterrichten und für ihre wertvolle Arbeit das niedrigste Gehalt (A 12) bekommen. **Jörg Bischoff (Grüne)** meinte im Gemeinderat zu diesem Lehrermangel:

*„Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, dass für seine Schulen bedarfsdeckend ausbildet.“*

Ist das ein bewusstes Fake News für den Karriereaufstieg? Denn nach offiziellen Berechnungen fehlen bis 2025, also in fünf Jahren, über 26.000 Lehrkräfte an unseren Schulen. Jetzt verweigert Frau Eisenmann sogar eine Veröffentlichung des Stundenausfalls an öffentlichen Schulen.

**Wir brauchen nicht nur eine Umkehr in der Schulbau-Architektur, sondern auch in der Personalpolitik des Kultusministeriums:**

**Dafür gehört DIE LINKE in den Landtag!**



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

*Kurz und bündig*

### Wer Fabriken schließt, gibt das Geld zurück!

Viele Unternehmen nutzen Corona als Deckmantel für massiven Stellenabbau, und das vielfach trotz üppiger Dividendenausschüttungen. Besonders dreist: BMW. Der bayerische Automobilbauer hat während der Corona-Krise über 1,6 Milliarden Euro an Dividenden ausgeschüttet, während 34.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in Kurzarbeit gingen. Bei Bosch waren 43.000 Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen. Nun soll der Standort in Bietigheim geschlossen werden und die Arbeitsplätze teilweise nach Ungarn verlagert werden. Bernd Riexinger fordert, dass Konzerne, die in der Corona-Krise Staatshilfen erhielten, diese zurückzahlen müssen, wenn sie jetzt Standorte schließen und Entlassungen vornehmen. Staatliche Unterstützung muss Beschäftigung sichern und darf nicht dazu missbraucht werden, um Profite zu schützen!

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

# Stuttgart 21 – Ein Offenbarungseid folgt dem nächsten

## Statt Verbesserung eine Bankrotterklärung

Um Stuttgart 21 steht es wirklich nicht zum Besten. Hatten die S21-Befürworter bisher noch stichhaltige Gründe, um das Projekt zu rechtfertigen, so schwimmen ihnen jetzt die Fälle davon.

Dabei geht es neben Kapazitätsproblemen im Tiefbahnhof insbesondere auch um die frei werdenden Gleisflächen vor dem Kopfbahnhof, um Doppelbelegungen der Gleise und um 44 Kilometer zusätzlich zu bauende Tunnel zur Realisierung des Deutschlandtakts. Darüber hinaus sorgt ein Bericht des Bundesrechnungshofs für Überraschungen.

### Bebauung frei werdender Gleisflächen

Ursprünglich sollten nach Fertigstellung des Tiefbahnhofs im Jahr 2025 die 0,71 km<sup>2</sup> Gleisflächen vor dem Kopfbahnhof zeitnah abgeräumt und dann mit 6000 Wohnungen bebaut werden. Dazu hatte die Stadt Stuttgart bereits im Jahr 2001 einen Großteil der Flächen für 424 Millionen Euro aufgekauft. Das so entstehende „Rosensteinquartier“ ist ein geplantes Stadtviertel in Stuttgart, nördlich vom Stuttgarter Hauptbahnhof gelegen.

Doch an eine zügige Umsetzung ist derzeit nicht zu denken, ganz im Gegenteil:

Die Verfahren zur Umwidmung der riesigen Gleisfläche brauchen sehr viel Zeit. Zu viel, um den kritischen Wohnungsmarkt bald zu entspannen. Denn von Anfang an war klar, dass einer endgültigen Fertigstellung des Tiefbahnhofs noch Jahre für Probetrieb, Gleisentfernung, Abbau der massiven Beton-Überwerfungsbauwerke, Sanierung des nach über 100 Jahren Bahnbetrieb hoch kontaminierten Bodens und Modellierung der Flächen folgen würden. Hinzu kommen auch die Eidechsen und die Naturschutzgesetze, die für jede Verzögerung verantwortlich gemacht werden.

Nachdem die Behauptungen, durch S21 werde der Bahnverkehr verbessert und würden Arbeitsplätze geschaffen, längst als Schutzbehauptungen entlarvt sind, ist auch der letzte Eckpfeiler der S21-Begründung weggebrochen, S21 schaffe zeitnah Wohnungen. Eine Wohnbebauung wäre aber erst Mitte der 2030er Jahre möglich, unter Einbeziehung von Erschließung und Hoch-

bau könnten sich Fertigstellung und Bezugsfähigkeit bis in die 2040er Jahre hinziehen. Dieses neuerliche Eingeständnis von OB Kuhn ist ein Offenbarungseid und eine Blamage für die hiesige SPD, die ihre Zustimmung zu S21 mit dem sozial- und wohnungspolitischen Argument begründete.



### Nach dem Scheitern der S21-Filderplanung – 44 Kilometer weitere Tunnel

Die bisherige Planung sah vor, dass die auf den Fildern bestehenden S-Bahngleise von der Rohrer Kurve bis zum Flughafen auch von Fernzügen der Gäubahn benutzt werden sollten, ein unglaubliches Fiasko! Doch auf einmal sind zur Realisierung des Deutschlandtakts ein neuer Gäubahntunnel auf den Fildern und zusätzliche Gleise im Norden im Gespräch. **Was nun als Verbesserung verkauft wird, ist nichts anderes als eine Bankrotterklärung für das Projekt, ein planerischer Murks und ein weiterer Offenbarungseid sondergleichen.**

Was nun folgen soll: Zusätzlich zu den schon jetzt gebauten und geplanten 62 Tunnelkilometern kommen noch weitere 24 Kilometer und eine Milliarde Euro Kosten hinzu. Und bei den Zulaufstrecken im Norden wären es bei der vorgestellten Ausbau-Option noch einmal 20 Kilometer Tunnel. Damit werden die Tunnelkilometer für Stuttgart 21 auf die Spitze getrieben.

Mit den bekannt gewordenen Plänen von Bundesverkehrsministerium und CDU wird de facto eingeräumt, dass nach mehr als 25 Jahren Planung Stuttgart 21 an ganz zentraler Stelle nicht funktionieren würde. Erneut wird mit milliardenschweren Zusatzmaßnahmen eine „Optimierung“ oder „Verbesserung“ des Projekts versprochen, wo es sich doch nur wieder um einen sündhaft teuren Versuch handelt, noch irgendwie zu retten, was nicht mehr zu retten ist, damit Flughafenbahnhof und verkleinerter Hauptbahnhof den zu-

künftigen Bahnverkehr nicht völlig ausbremsen. Einfach gesagt: Wahnsinn wird mit Wahnsinn bekämpft.

Die Schutzgemeinschaft Filder setzt sich für eine Verständigung auf den Erhalt der Gäubahnführung über die Panoramastrecke ein. Der Planungsvorschlag für eine völlig neue Gäubahnführung zeige schonungslos die zahllosen Mängel und Fallstricke des Filderabschnitts auf, und auch die bisherige Planung für den Deutschlandtakt sei völlig untauglich.

Der Lösungsvorschlag mag zwar mit Milliardenaufwand einige bahnbetriebliche Problempunkte beseitigen oder abmildern, er sieht aber immer noch eine Führung der Gäubahn und des IC Stuttgart-Zürich durch den „brandgefährlichen“ Fildertunnel und den erwiesenermaßen viel zu klein dimensionierten Tiefbahnhof vor, statt die bestehende Gäubahnführung zu erhalten.

Bevor weitere Unsummen mit erneut fragwürdigem Ergebnis investiert werden und weitere Jahre verloren gehen, sollte diese Situation zum Innehalten genutzt werden. Alle Beteiligten müssen sich – auch mit den sachkundigen Kritikern – an einen Tisch setzen, um Auswege aus dem für die Zukunft des Bahnverkehrs dramatischen Defiziten des geplanten Verkehrsknotens Stuttgart zu suchen.

Kurzum: Dieser Vorschlag beinhaltet enorme zusätzliche Kosten und einen Umsetzungszeitraum, den man mit Planung, Planfeststellung, Einwendungen, Ausschreibungen und Bau vermutlich eher auf 20 als auf zehn Jahre taxieren kann. Und das alles, um für den neuen Tiefbahnhof eine Betriebsqualität zu schaffen.

**Fortsetzung folgt**

## OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**  
Rottenburg

# **Pflegekräfte: Nur Klatschen statt Corona-Prämie?**

## **Bundesregierung blamiert sich und gefährdet Krankenhäuser**

Mitten in der Corona-Krise im April bekamen die Porsche-Beschäftigten ihre Jahresprämie von 9.700 Euro, das gehöre zur „Porsche-Kultur“. Offensichtlich herrscht in Großkon-

Umquartierung von ganzen Abteilungen, um Intensivbetten freizumachen. Jetzt lüftete die Bundesregierung das Geheimnis, was sie unter „besonders belastet“ versteht: Nur 434 von 1.585

bereits 100.000 Pflegekräfte. Um diese Lücke zu füllen, seien 4,5 Milliarden Euro zusätzlich nötig. Bis 2030 werden insgesamt 300.000 Pflegekräfte benötigt. Und Spahn (CDU) gefährdet damit



**Jetzt zeigt sich, auf welche Jobs es wirklich ankommt. Wird Zeit, sie auch so zu bezahlen. DIE LINKE.**

zernen und in der Bundesregierung ein ganz unterschiedliches Verständnis von „systemrelevanter Arbeit“.

Noch im März hatte der gesamte Bundestag den Pflegekräften, die „täglich an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gehen“ (Bundestagspräsident Schäuble), mit „lang anhaltendem Applaus“ für ihre aufopfernde Arbeit gedankt. Unter großem öffentlichen Druck versprach die Bundesregierung eine Prämie von 1.000 Euro für Pflegekräfte, zuerst nur in Pflegeheimen, dann auch in Krankenhäusern. Allerdings nur, wenn die Beschäftigten durch die Behandlung mit COVID-19-Patienten „besonders belastet“ seien.

Schon da protestierte der Deutsche Pflegerat. Denn die Belastung traf alle Beschäftigten durch Gefährdung und

allgemeinen Krankenhäusern fallen in diese Kategorie, d.h. nur 100.000 von 440.000 Pflegekräften sollen die Prämie erhalten, alle anderen gehen leer aus.

Nicht, dass man den Porsche-Beschäftigten ihre Jahresprämie missgönnt – die Vorstände stopfen sich ihre Taschen neben üppigen Jahresgehältern ohnehin mit „Boni“ voll.

**Aber der Geiz von Jens Spahn (CDU) bei der Corona-Prämie für systemrelevante Pflegekräfte ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht für die Betroffenen. Er gefährdet die Attraktivität der Pflege.**

Laut Ulrich Schneider vom Paritätischen Gesamtverband fehlen aktuell

auch die engagierte Betreuung der Erkrankten in der jetzigen zweiten Corona-Welle.

Um diese falsche, kurzsichtige Politik zu verhindern, fordert **DIE LINKE** eine Prämie für alle nicht-ärztlichen Beschäftigten in den Krankenhäusern von 1.500 Euro. „Dabei geht es nicht nur um Pflegekräfte, sondern auch um medizinisch-technische Assistent\*innen, Labormitarbeiter\*innen, Reinigungs- und Servicekräfte“, betont Harald Weinberg, der gesundheitspolitische Sprecher der **LINKE** im Bundestag.

**Dr. Emanuel Peter**, Gemeinderat

## **Meinungsmanipulation - Kernkompetenz der Verwaltungsspitze**

Ob Sie Veganer sind oder Fleisch essen, was die Bürgermeister beim Schlachthof mit uns anstellen geht alle an. Wenn es nicht um den Schlachthof geht, dann wird es Sie irgendwann an einem anderen Punkt treffen.

Alle Fraktionen des Stadtrates, die Vertretung der Bürger, wollen unseren Schlachthof erhalten, bis eine Folgelösung gesichert ist. Einige Fraktionen fordern den Kostenvergleich der Modernisierung des bestehenden Gebäudes gegenüber einem Neubau. Die Stadtspitze ignoriert Forderungen der Bürgerschaft und des Stadtrates. Ohne Fakten vorzulegen will sie den Schlachthof am aktuellen Standort schließen.

Wie sehen die Planungen für einen neuen/alten Standort aus? Welche Anforderungen soll der Schlachthof erfüllen? Was will die Stadtspitze mit dem bisherigen Standort? Keine Information an niemand. Außer blumigen Andeutungen

hören wir nur eine konsistente Antwort: Sie will die Gebäude an einen Investor verkaufen.

Der undemokratische Gipfel der Frechheit ist die Ankündigung „Nachhaltigkeitskriterien“ in den Mittelpunkt zu stellen. Es gibt mit dem „Kommunalen Nachhaltigkeitscheck“ des Landwirtschaftsministeriums BW einen offiziellen Fragebogen mit 24 Fragen zur Nachhaltigkeit. Die Antwort auf diese Fragen (Flächenverbrauch, Vergleichskosten, Rohstoffverbrauch, Artenvielfalt, Dienstleistung in der Region, Engagement der Bevölkerung) bleibt uns unser Oberbürgermeister schuldig.

Würde er das Thema Nachhaltigkeit ernst nehmen, dann würde er einen ehrlichen Dialog ermöglichen.

**Gastbeitrag von Klaus G. Weber, Rottenburg**

# „Stoppen Sie den Ausverkauf der Natur!“

Redebeitrag von Marlene Fischer in der Gemeinderatssitzung vom 20. 10. 2020

Alle vorgebrachten gewichtigen Einwände gegen die Bebauung des Flugfeldes, wie Wasser, Luft, Nahrung und Natur sind so elementar für uns alle, dass ich sie nicht noch einmal wiederholen brauche. Auch wenn ein Baisinger Bürger erst jüngst merke: „Wann begreift der Mensch, dass man Geld nicht Essen kann?“

Worauf ich aber eingehen möchte sind drei Sachverhalte und Tatsachen, die teilweise **unzureichend oder auch falsch** vermittelt wurden.

- **Die Sicht der Baisinger und Ergenzinger Bevölkerung**
- **Das Flugfeld als Tauschfläche für Ergenzingen Ost**
- **Das „Erbe“**

Die Stadt hat das Flugfeldgelände vom Bund im Jahre 2003/2004 sehr günstig gekauft. Und nach Ablauf der 12 jährigen Spekulationsfrist kann sie dieses Gelände heute um gut das Doppelte wieder verkaufen (1,2 Mio). Die Flug-sportfreunde und Pächter stünden dafür sicher bereit. Es entstünde also **überhaupt kein finanzieller Schaden**.

Aber wie hinlänglich bekannt ist, sucht die Stadt seit Jahren nach Ausgleichsflächen für ihren Flächenverbrauch. Und genau hier kommt das Flugfeld ins Spiel. Als Eigentümerin hat die Stadt und somit wir alle die einmalige Chance nicht nur kosmetisch und symbolisch die Naturzerstörung zu reparieren. Nein, hier haben wir die Fläche zur Renaturierung. Hier könnte ein **Biotop mit Vorbildfunktion** für die ganze Region entstehen.

## Tauschflächen für Ergenzingen Ost

Die Diskussionen und die Berichterstattung in den letzten Tagen hat eines deutlich gemacht: Bei vielen, auch hier im Raume, herrscht die Meinung, die 5. Änderung des Regionalplans würde bewirken, dass, wenn man das Flugfeld mit Gewerbe zubaut, Ergenzingen Ost kleiner würde. **Das ist schlicht und ergreifend falsch!!!**

Fakt ist, alle drei im Regionalplan aus-

gewiesenen Tauschflächen befinden sich **außerhalb des Gewerbegebiets**



## Ergenzingen Ost.

Zwei dieser Tauschflächen liegen gar im Westen von Ergenzingen und zwar rechts und links der Baisinger Straße, ungefähr dort, wo sich seit Jahrzehnten zwei große landwirtschaftliche Betriebe befinden.

Die dritte Tauschfläche liegt zwar im Osten, aber nicht links der Seebroener Strasse im Gewerbegebiet Ergenzingen -Ost, sondern rechts der Straße, in Verlängerung zum Höllsteig 2, siehe Regionalplan Seite 107.

Alle drei Gebiete sind bisher im Regionalplan als Vorbehaltsgebiete Grünzug ausgewiesen und werden im Tausch zur Fläche auf dem Flugfeld nun Vorranggebiet Grünzug bzw. Landwirtschaft. Also aus Äcker und Wiesen werden Äcker und Wiesen!

**An der Ausweisung des Gewerbegebiets Ergenzingen-Ost ändert sich durch die 5. Änderung des Regionalplans 2013 rein gar nichts! Nicht ein einziger Quadratmeter wird durch das Flugfeld zurückgenommen.**

## Die Sicht der Baisinger und Ergenzinger Bevölkerung

Wie vielleicht nicht alle wissen, bin ich in Baisingen geboren und aufgewachsen und lebe seit über 40 Jahren in Ergenzingen. Und wer jetzt denkt „alles klar, befangen“, dem kann ich nur Recht geben. Ganz genau, für mich - und ich glaube hier spreche ich für

eine absolute Mehrheit der Baisinger und Ergenzinger - ist das **Flugfeld keine Weissfläche, auch kein Vorrangs- oder Vorbehaltsgebiet. Nein, für uns ist das Heimat** und ein wichtiger **Zeitzeuge** noch dazu. Wer bei einer der Führung durch das Aktionsbündnis dabei war, weiß wovon ich spreche.

Über **1750 Einsprüche** innerhalb einer Woche sind nur ein erster Beleg dafür, dass wir Baisinger und Ergenzinger alles dafür tun, dass dieses Gebiet nicht zubeto-

niert wird.

Auf allen drei Info-Veranstaltungen gab es nicht einen Befürworter. Und Sie selbst, Herr Neher, möchte ich mit folgenden Worten zitieren:

- Wir sind nicht festgefahren, wichtig ist, dass diskutiert wird.
- Wir lernen dazu, es ist nicht zu spät.
- Ich hätte es nur gern früher gewusst, bevor man entsprechende Arbeiten gemacht hat.
- Wir wollen nicht an den Leuten vorbei regieren.

Herrn Neher, wir nehmen Sie beim Wort und fordern Sie auf, mit uns zu stimmen. Ersparen Sie uns allen einen weiteren Bürgerentscheid. Setzen Sie alle, mit der heutigen Abstimmung ein **Zeichen für eine lebenswerte Zukunft** auch für künftige Generationen, für ein Miteinander und nicht für ein Gegeneinander in dieser Stadt und ihren Ortsteilen.

**Stoppen Sie den Ausverkauf der Natur!**



**Marlene Fischer**

Gemeinderätin  
**„DIE LINKE“**  
Rottenburg - Ergenzingen

# Wechsel im Gemeinderat

## Marlene Fischer rückt für Dr. Hörburger nach



**Dr. Christian Hörburger**

Gemeinderat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg - Obernau

Nach 30 Jahren Tätigkeit in kommunalen Gremien (Ortschaftsrat Obernau und Gemeinderat) ist Dr. Christian Hörburger von seinen Ämtern zurückgetreten. Zu-

nächst als Grüner, zuletzt als Vertreter der Linken-Liste hatte er sich vehement und redigewandt für den sozialen und kulturellen Zusammenhalt in der Stadt und in den Teilorten eingesetzt, so auch bei seiner Spurensuche nach Hartmann von Aue. In Obernau hatte er vielbeachtete Feste für den mittelalterlichen Dichter organisiert. Neben dem Verfassen von drei Romanen (Zwischen Skylla und Charybdis; Café Hölderlin; Rottenburg) hatte er sich stark für den Erhalt des Galgenfeldes und des Flugfeldes in Baisingen eingesetzt. **DIE LINKE** Rottenburg dankt ihm für sein großes Engagement, das sicherlich nicht aufhört.



**Marlene Fischer**

Gemeinderätin  
„DIE LINKE“  
Rottenburg - Ergenzingen

Für Dr. Hörburger ist Marlene Fischer aus Ergenzingen auf der Liste der **LINKEN** nachgerückt. Mit ihren 63 Jahren hat sie zwei Töchter, drei Enkel und zahlreiche Tiere - „ein

Elefant fehlt noch“ - und ist allen im größten Teilort Rottenburgs bestens bekannt. Nach einer Banklehre und als staatlich geprüfte Betriebswirtin war sie Betriebsratsvorsitzende an der Volksbank, ehrenamtliche Arbeitsrichterin und in der Bundestarifkommission von Ver.di.

Aktuell engagiert sie sich mit allen Kräften für den Erhalt des Flugfeldes Baisingen zusammen mit anderen Mitgliedern des Aktionsbündnisses. Sie hat mit einer starken Rede für dessen Erhalt ihren bemerkenswerten Einstand im Gemeinderat gegeben. (Siehe Seite 5)

## Bürgerrat zum Schlachthof

Das darf jetzt echt nicht wahr sein. Die Bürgermeister dieser Stadt wollen uns wohl ver".....".

Jetzt sollen Bürger\*innen zu einem Rat einberufen werden, die sich wahrscheinlich noch überhaupt nicht mit dem Thema Schlachthof beschäftigt haben, anstatt Menschen einzuladen, die sich seit Monaten in der Schlachthofgruppe mit der Thematik auseinandersetzen.

Dass der Schlachthof geschlossen werden soll, scheint von den Bürgermeistern selbstherrlich schon gegen den Willen der Steuerzahler\*innen/Bürger\*innen entschieden zu sein. Alles wird in nicht öffentlichen Sitzungen beschlossen! Geht noch mehr Gemauschel!

Von der Landesregierung wurde übrigens ein Komunaler NI-Check veröffentlicht in dem z.B. gefordert wird, keine neuen Flächen zu versiegeln, sorgsam mit Ressourcen umzugehen, Bürger\*innen an Entscheidungen zu beteiligen, faire Arbeitsbedingungen zu unterstützen, Kostenvergleichsrechnungen aufzustellen, die Artenvielfalt zu fördern, die lokale Wertschöpfung zu unterstützen.

All dies wird von den Bürgermeistern ignoriert. Trotzdem wagen sie es von Nachhaltigkeitskriterien zu sprechen. Eine Unverschämtheit!

Gastbeitrag von Michaela Wiese, Rottenburg

*Kurz und bündig*

### 45 Prozent für LINKEN OB-Kandidaten in Konstanz

Luigi Pantisano hat mit 45,1 Prozent ein sensationelles Wahlergebnis bei der Oberbürgermeisterwahl in Konstanz erzielt. Er hat den Einzug als Oberbürgermeister in das Konstanzer Rathaus nur knapp verpasst. Kein OB-Kandidat mit linkem Parteibuch hat in einer westdeutschen Stadt jemals ein so gutes Ergebnis erzielt. Der bisherige Amtsinhaber Ulrich Burchardt bleibt zwar als CDU-Oberbürgermeister im Amt, doch sein Ergebnis mit 49,7 Prozent zeigt, dass die Mehrheit der Konstanzerinnen und Konstanzer einen Politikwechsel wollen. Luigi Pantisano hat mit einer beispiellosen Bündnispolitik Menschen für einen echten, sozial-ökologischen Politikwechsel mobilisiert. Dieser Wahlkampf wird Vorbildcharakter haben.

**Widerstehen.  
Sagen, was ist.  
Die Politik  
verändern.**

**DIE LINKE.**

# OB Palmers Blamage mit „Liste der Auffälligen“

## Datenschutzbeauftragter stoppt Rechtsbruch von Palmer (Grüne)

OB Palmer spielt gern den Retter: 2016 stellte er sich vor blonde Professorentöchter, die er angeblich vor arabischen Lustmolchen schützen müsste. Jetzt sind es Sozialarbeiter\*innen, die er vor „integrationsunwilligen“ Asylbewerbern warnen und in ein Wohnheim mit Sicherheitsdienst sperren müsse. Jedes Mal geht es ihm um die Aushöhlung von Grundrechten und um Gesetzesverschärfungen.

Seit Januar 2019 führt die Stadt Tübingen eine solche Liste, zuletzt mit 70 Einträgen für rund 40 Personen. Palmer wollte damit einen „strukturierten Informationsaustausch“ zwischen Polizei und Verwaltung einrichten. Fast zwei Jahre stritt er sich mit dem Landesdatenschutzbeauftragten Stefan Brink darüber. Brink kritisierte nicht nur, dass die Antworten Palmers auf seine Fragen dürftig waren und verschleppt wurden. Sondern mit willkürlichen Eintragungen gehen Diskriminierung und Stigmatisierung einer ganzen Personengruppen einher: „Die Aufnahme in die Liste erfolgt, ohne dass Staatsanwaltschaft oder ein Gericht sich bereits mit dem Vorwurf befasst und diesen in einem rechtsstaatlichen Verfahren bestätigt hätten“, kritisiert Brink.

### Sozialarbeit als Hilfspolizei

OB Palmer setzt mit der Liste nicht nur den Rechtsstaat außer Kraft, sondern er macht auch die Sozialarbeiter\*innen zur Unterabteilung der Polizei und verhindert damit, dass diese für ihre wichtige Integrationsarbeit ein Vertrauen zu den Geflüchteten aufbauen können. Völlig absurd wird das Vorgehen von OB Palmer, indem er jetzt nach seinem blamablen Scheitern Bundesinnenminister Seehofer (CSU) gegen den Landesdatenschutzbeauftragten mobilisieren will. Schon vorher hatte er sich vergeblich bei Landesinnenminister Thomas Strobl über Brink beschwert, obwohl dieser kein Weisungsrecht gegenüber Brink hat – der wurde vom Landesparlament gewählt! Damit Palmer noch halbwegs glaubwürdig klingt, dramatisiert er jetzt die Lage und spricht nicht mehr von „Auffälligen“, sondern vom „Umgang mit Kriminellen“.

### Palmer höhlt Asylrecht aus

Schon seit Jahren spielt OB Palmer den Provokateur in der Verschärfung des

greifen“, eingeteilt und am besten vor den EU-Außengrenzen in Lager untergebracht, damit keine Solidarität entstehen kann.

### Übelste Sorte

Der Datenschutzbeauftragte hat das Führen einer „Liste der Auffälligen“ als rechtswidrig deklariert und damit Boris Palmer die Grenzen aufgezeigt. Darüber hätte man sich fast freuen können, doch noch am gleichen Tag posaunte Palmer seine nicht vorhandene Einsicht an seine Facebook-Fans. Zitat: „Am Samstag Abend geht ein geduldeter Asylbewerber aus Gambia am Bahnhof mit dem Messer auf einen anderen jungen Mann los.“ So beginnt die Story. Na, bei wem triggert es? Flüchtling = kriminell. Bingo! Palmer will zwar nicht klagen, aber er phantasiert jetzt „Datenschutz als Täterschutz“. Dabei hört er nicht auf, diese Liste mit dem Schutz der städtischen Sozialarbeiter\*innen zu begründen. Doch dies war stets nur vorgeschoben, denn etwa an den Schutz der Ehrenamtlichen vor den vermeintlichen Tätern wurde nie ein Gedanke verschwendet.

Im Kern ging es Palmer von Anfang an um den „doppelten Spurwechsel“, also die Verlegung von „Auffälligen“ in Landeslager, und als klar war, dass das nicht geht, sollte die Europastraße erhalten. Es ist selbstverständlich legitim, kriminelles Verhalten einzelner zu problematisieren. Als OB täte Palmer aber gut daran, nicht nur die Entscheidung des Datenschutzbeauftragten zu akzeptieren, sondern sich endlich eine andere Haltung zum Thema Flüchtlinge zuzulegen, sonst hilft irgendwann nur noch der Staatsanwalt. Denn es ist nicht nur Politik der übelsten Sorte, auf der Klaviatur des Rassismus zu spielen, sondern möglicherweise strafbar. Und das ist gut so.

Leserbrief von Andreas Linder, Tübingen im Schwäbischen Tagblatt, 15.10.2020

Asylrechts. So auch direkt vor der Beschlussfassung im Bundesrat, um den grünen Begleitschutz für eine Verschärfung des Asylrechts zu liefern. Beim ersten Asylpaket ging es um die Spaltung zwischen Kriegsflüchtlingen und „sicheren Herkunftsländern“, d.h. den Balkan-Staaten, weil dort für Sinti und Roma angeblich das Paradies auf Erden herrscht. Dies zumindest ist die Einstellung des grünen Honorarkonsuls Rezzo Schlauch über Albanien. Dort würde niemand aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt, Schlauch: „Flüchtlinge aus Albanien sind Wirtschaftsflüchtlinge.“ (Stuttgarter Zeitung, 15.8.2015) Damit war der Damm gebrochen: Das Grundrecht auf Asyl mit individueller Prüfung jeden Antrags ist ausgehöhlt, Flüchtlinge werden in solche des Krieges und diejenigen, die hier „unseren Wohlstand an-

Im Oktober 2015 begründete Palmer seine Meinung im Spiegel-Interview damit, dass er nur „unser Aufnahmesystem und den sozialen Frieden im Land“ verteidigen wolle. Die Grünen im Bundesrat mit Kretschmann an der Spitze stimmten zu.

Dann forderte Palmer, dass die Grünen im Bundesrat dem Asylpaket II mit seiner Verschärfung des Familiennachzugs und der Ausweitung der „sicheren Herkunftsstaaten“ zustimmen: „Denn die Mehrheit der Asylanträge wird immer noch abgelehnt, diese Menschen haben keinen Anspruch.“

**Eine tolle Show für eine weltoffene Universitätsstadt!**

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

# Großer Personalmangel in den Verwaltungen

## Schleichende Privatisierung unseres Staates

Seit Jahren fordert **DIE LINKE** in Rottenburgs Gemeinderat mehr Personal, nicht nur in Kitas und Schulen, sondern auch im Hoch- und Tiefbauamt. Wie sollen die ganzen Investitionen von 110 Mio. Euro mit einem Personal getätigt werden, dass schon bei 35 Mio. Euro auf Kante gestrickt war?

Diese Frage stellen sich immer mehr Kommunen vom Saarland bis nach Schleswig-Holstein. Denn die Hochkonjunktur der letzten zehn Jahre hat Gelder in die Kommunalhaushalte gespült. Damit könnte jetzt der Investitionsrückstand von knapp 160 Milliarden (!) Euro auf Bundesebene abgebaut werden, im Ländle wären das vor allem Sanierung und Neubau von Schulen (9,5 Mrd.) sowie der Straßenbau (8 Mrd. Euro). Allein – es fehlt an Personal für Planungs- und Prüfungsprozesse. 15 Prozent aller Stellen sind nicht besetzt:

„Bereits heute fehlen IT-Spezialisten, Ingenieure und weitere Fachkräfte in der Verwaltungen“, so Helmut Dedy, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. Der Beamtenbund spricht von 300.000 offenen Stellen bundesweit aufgrund falscher Stellenplanung (Pensionierung und Bevölkerungswachstum).

### Gravierende Folgen

In Corona-Zeiten wird der Personalmangel in Krankenhäusern und Pflegeheimen für die Bevölkerung zu einem Gesundheitsrisiko. Die Kommunen leiden unter dem Personalmangel, weil

sie rund 70 Prozent aller öffentlichen Investitionen tätigen. Unbesetzte Stellen verzögern die gesamten Verfahren von Planung, Ausschreibung und Genehmigung. Landes- und Bundesregierung erschweren dies, wenn Zuschüsse für Projekte an kurze Laufzeiten und Abrechnungsfristen gebunden werden. So stürzen sich aktuell alle Kommunen auf einmal auf angekündigte Zuschüsse für den Breitbandausbau – da können Firmen und Berater ihre Preise gut erhöhen.

Sie sind die Profiteure eines gezielten Personalabbaus unter der neoliberalen Flagge des „schlanken Staates“: 1991 gab es laut Statistischem Bundesamt noch 6,74 Mio. Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, 2014 waren es nur noch 4,18 Mio. Durch den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz stieg die Zahl der Beschäftigten dann wieder auf 4,7 Mio. – unter dem Strich bleiben es zwei Millionen weniger Beschäftigte!

### Ursachen des Personalmangels

Die Bundesregierungen der letzten 30 Jahre haben alles getan, um Konzerne und Banken zu „entlasten“, sprich: Ihre Steuern zu senken (z.B. die Kapitalertragssteuern). Mit dem Mehr an Kapital konnten sich die Unternehmen dann in die öffentliche Daseinsvorsorge, vor allem in den sozialen Bereich wie Krankenhaus, Pflegeheime, Wasser- und Elektrizitätswerke einkaufen und deren Gebühren kräftig erhöhen.

Dieser Prozess warf neue Renditen ab. Zugleich entstanden immer mehr exter-

ne Planungs- und Beraterbüros, die die staatliche Verwaltung „berieten“. In Seehofers Amtsbereich ist der Millionenbetrag für Berater mit 186 Mio. Euro am stärksten in die Höhe geschossen. Aber auch unter Ursula von der Leyen bei der Bundeswehr oder bei Andreas Scheuer mit seiner gescheiterten Maut.

Die Folge dieser schleichenden Privatisierung unseres Staates ist ein wachsendes Misstrauen der Bürger\*innen in die Demokratie. Und das Geld fehlt den Kommunen für eine ordnungsgemäße Abwicklung ihrer notwendigen Investitionen, Gerichte und Finanzämter können ihre Aufgaben nicht ordnungsgemäß erledigen. **Die Digitalisierung in den Ämtern ist kein Allheilmittel!**

Es fehlt vor allem an gut ausgebildetem Personal. Deshalb setzt sich **DIE LINKE** für eine Ausbildungsoffensive für Verwaltungspersonal und für mehr Stellen ein. **Die Landesregierung muss ihre Blockadehaltung bei neuen Studienplätzen an den Verwaltungshochschulen in Kehl, Ludwigsburg und Stuttgart endlich aufgeben.**



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

*Kurz und bündig*

### Rund 40 Hektar Böden für B 28 versiegelt

Auf eine Anfrage des Linken-Gemeinderats Dr. Peter teilte das Regierungspräsidium Tübingen mit, dass allein für die Strecke B 28 neu zwischen Tübingen und Rottenburg ein Flächenbedarf von knapp 40 Hektar bestand, rund 12 Hektar für Fahrbahnen, Anschlüsse und Begleitwege und rund 28 Hektar für „Verkehrsgrün“ (Bankette, Böschungen). Davon waren 23 Hektar landwirtschaftliche Fläche (Äcker und Wiesen). Die Gesamtkosten für den Neubau betragen mehr als 56 Millionen Euro, davon müssen Tübingen knapp eine halbe Million und Rottenburg eine Viertel Million Euro tragen, den Rest zahlt der Bund.

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!



# Müssen unsere Strompreise steigen? Privatkunden subventionieren Großbetriebe

Als die Stadtwerke Rottenburg (SWR) vor Weihnachten 2015 die Erhöhung ihres Grundtarifs um 1,38 Cent auf 25,17 Cent pro Kilowattstunde (KWH) ankündigten, titelte „Neues aus dem Neckartal“: „‘Happige Erhöhungen‘ der Strompreise in Rottenburg in Tübingen“. Derselbe Stromtarif kostet seit dem 1. Januar 2020 glatte fünf Cent pro Kilowattstunde mehr. Das ist eine Erhöhung um 19,9 Prozent, die kaum jemand mitbekommen hat! Sicherlich ist es so, dass sehr viele Stromlieferanten ihre Tarife erhöht haben, nicht nur Rottenburg. Aber warum?

Durchschnitt, 2018 kostete er dann 7,7 Cent/ kwh. Die völlig überzogenen Preise für Privathaushalte ermöglichen, dass seit dem Jahr 2000 über 40 Milliarden Euro an die Aktionäre der vier Stromkonzerne RWE, e.on, EnBW und Vattenfall ausgezahlt wurden.

Und dann gibt es noch die großen Betriebe, die dank der Großen Koalition aus CDU und SPD und der Strom-Lobby „wegen Wettbewerbsnachteilen“ von der EEG-Umlage befreit sind: Waren es 2010 nur 570 Unternehmen, so sind es aktuell 2.202 Unternehmen mit 116 Terrawattstunden (Twh), die

ren für Energiegenossenschaften stark behindert. Im „grünen“ Baden-Württemberg mit dem Autolobbyisten Kretschmann ist der Ausbau der Windenergie faktisch zum Stillstand gekommen!

In Rottenburg haben Verwaltung und Stadtwerke gerade eine Untersuchung über mögliche Flächen für Windräder abgelehnt (Antrag von FAIR und der **LINKE**), weil sich das „nicht rechnet“. Angesichts der Klimakatastrophe eine wirklichkeitsfremde Aussage. Die Folge dieser Politik: Allein in der Windbranche sind rund 40.000 Arbeitsplätze verloren gegangen und für die (häufig privaten) Stromerzeu-



In ganz Deutschland haben sich die Strompreise seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt und kosten jetzt im Grundtarif durchschnittlich 32,10 Cent pro KWH. An diesem Preis machen Steuern, Nutzerentgelte und Abgaben (EEG-Umlage) rund zwei Drittel des Gesamtpreises aus.

Niemand kann behaupten, dass sich sein Lohn im selben Zeitraum auch verdoppelt hätte. Deshalb drohten Stromlieferanten rund 4,75 Mio. Haushalten mit einer Sperrung wegen fehlender Zahlung. 2019 wurde fast 290.000 Haushalten tatsächlich der Strom abgestellt, weil die Lieferanten ihren Kunden bei einem Zahlungsverzug von mehr als 100 Euro den Strom abknipsen dürfen.

Viele Stromerzeuger haben ihre Profite früher mit billigem Atomstrom gemacht. Die Kosten für die Lagerung der strahlenden Atomfässer haben sie anschließend auf die Steuerzahler abgewälzt. Um ihre Aktionäre weiter zufriedenzustellen, verlangen sie jetzt von Versorgern wie z.B. den Stadtwerken hohe Durchleitungskosten, das „Netzentgelt“. In Rottenburg stieg es 2015 auf ein Viertel der Gesamtkosten vom Strompreis für Privatkunden.

## Der große Reibach

Doch den größten Reibach machen die große Industriekunden, deren Tarife nur ein Viertel der Privatkunden ausmachen und von diesen subventioniert werden. Noch 2015 kostete der Industriestrompreis 6,27 Cent/kwh und war um die Hälfte billiger als im EU-

mehr als 18 Prozent des gesamten deutschen Stroms verbrauchen. Ihre „EEG-Befreiung“ bringt ihnen fünf Milliarden Euro ein. Davon profitieren nicht nur industrielle Stromfresser wie Aluminium-Werke, sondern auch der Tiefkühlkost-Betrieb Frosta, Bärenmilch-Produzent, Hochwald Foods und der Braunkohletageabbau von Vattenfall! Noch Fragen zu den „Wettbewerbsnachteilen“?

## Energiewende ade?

1990 wurde das Stromeinspeisungsgesetz verabschiedet. Dadurch wurden die Energieversorger gesetzlich gezwungen, Strom aus Solar-, Wasser- und Windkraft sowie anderen erneuerbaren Energiequellen in ihr Netz einzuspeisen. Zehn Jahre später wurde daraus das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das auch privaten Einspeisern (z.B. von Photovoltaik, Windräder) zwanzig Jahre lang eine Vergütung für die Einspeisung garantierte.

Heute tragen diese Erneuerbaren über 42 Prozent des Gesamtstroms in Deutschland bei, Photovoltaik und Wind sind die billigsten Energieträger geworden und haben zu einem „modernen dezentralen System mit einer bürgernahen Versorgung“ geführt, wie der Bundesverband Erneuerbare Energien feststellt.

Aber die Energie-Novellen der Bundesregierung (2012 und 2014) haben den Ausbau der Bio- und Solarenergie durch (bayrische) Debatten über Mindestabstände bei Windrädern und durch komplizierte Ausschreibeverfah-

gungsanlagen, für die ab 2021 die Förderung endet, gibt es immer noch keine Lösung.

Der Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) fordert von der Regierung eine Kehrtwende. Zu ihm gehören 45 Verbände aus der Wind-, Bio-, Solar- und Wasserkraft-Energie mit mehr als 5.000 Unternehmen und 316.000 Arbeitsplätzen. Er fordert, am Ziel von 100 Prozent Erneuerbaren Energien festzuhalten und bis 2030 den Anteil der Erneuerbaren im Stromsektor auf 65 Prozent zu erhöhen. Außerdem muss die Anzahl der Großunternehmen, die von der EEG-Umlage befreit sind, stark gesenkt und über den Bundeshaushalt finanziert werden, um die Tarife für Privathaushalte zu verringern.

**DIE LINKE** geht davon aus, dass Strom und Wasser zur Daseinsvorsorge für jeden gehören. Deshalb muss es hier einen gebührenfreien Grundtarif geben, damit keinem Haushalt der Strom abgeschaltet werden kann.

**Bundesweit brauchen wir einheitliche und niedrige Netzentgelte, eine starke Verringerung der Zahl von Großbetrieben mit EEG-Befreiungen und eine Absenkung der Tarife für Privatkunden.**



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat  
Kreisrat  
„DIE LINKE“  
Rottenburg

# Grundwasser im Gäu gefährdet

## Versorgungsengpässe drohen

**Der dritte heiße Sommer in Folge führt uns allen vor Augen, dass der Klimawandel in vollem Gange ist. Seit 1776 hat Mitteleuropa keine derart drastische Dürre erlebt, haben Forscher des Leipziger Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung jüngst dargelegt.**

Die Regenfälle der vergangenen Jahre fielen durchweg zu gering aus, was maßgeblich mit dazu beiträgt, dass der Grundwasserspiegel kontinuierlich sinkt, mit fatalen Folgen für unsere Trinkwasserversorgung. Das Grundwasser trägt mit über 60 % zur Wassergewinnung bei.

Die Wasserstände in vielen Bächen und Flüssen sind in diesen Sommer auf kritische Werte gesunken. Dies begünstigt zusätzlich, dass sich die Grundwasserspeicher nicht mehr ausreichend füllen können. Starkregen nehmen zu, was sich auf ausgetrockneten Böden besonders nachteilig auswirkt.

Experten sind sich einig, dass alles dafür getan werden muss, damit Grundwasser neu gebildet wird. Dazu gehört maßgeblich der Flächenversiegelung durch Straßen und Bebauung vorzubeugen. **Denn durch die Versiegelung gelangt immer weniger Regenwasser in den Boden. Dadurch sinkt der Grundwasserspiegel weiter**

**und das Hochwasserrisiko steigt zusätzlich!**

Erst Im September diesen Jahres titelte das Tagblatt: Die Gäuwasserversorgung (GWV) hat Probleme mit dem Klimawandel und steigenden Einwohnerzahlen. Davon betroffen sind die Rottenburger Stadtteile Baisingen, Eckenweiler, Ergenzingen und Obernau, denn diese erhalten wie Neustetten, Eutingen, Horb, Mötzingen, Gäufelden, Bondorf, Jettingen, Teile Starzachs, Herrenbergs und Nagolds ihr Wasser von der GWV. Insgesamt sind es 230 Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg.

Da der Muschelkalk im Gäu nur sehr schwach Wasser speichern kann, reagieren die GWV-Quellen sehr schnell auf Trockenheit und Dürre. Ein aktuelles Strukturgutachten der Bad Uracher Fritz Planung GmbH kommt zu dem Ergebnis, dass sich die GWV-Quellen bereits verringert haben und vermutlich weiter abnehmen. Zu diesen Quellen gehören die Talmühle bei Horb-Mühlen und die Wasserwerke bei Nagold-Gündringen.

Über ein Drittel ihres Wasserangebots bezieht die GWV aus dem Bodensee.

Doch die Bodenseewasserversorgung (BWV) hat bereits 2019 beschlossen, keine weiteren Anteile mehr zu vergeben, da im Bodensee ebenfalls das Wasser knapp wird. Zusätzliche Wasserressourcen zu erschließen wird schwierig und braucht vor allem Zeit. Es steht zu befürchten, dass in den nächsten Jahren Versorgungsengpässe auftreten können.



Deshalb ist es höchste Zeit vor Ort umzusteuern und **großflächig keine weiteren Gebiete mehr zu versiegeln, wie es die Stadt Rottenburg und die Gemeinde Eutingen auf dem Flugfeld bei Baisingen und Ergenzingen mit über 70 Hektar planen.**

Drohende Nutzungskonkurrenzen und -konflikte bahnen sich an und der Verteilungskampf um Grund- und Seewasser hat bereits begonnen. Bundesumweltministerin Svenja Schulze arbeitet nicht ohne Grund an einer Nationalen Wasserstrategie.

**Wassermangel bedroht unsere gesamte Existenz.**

Marlene Fischer, Ergenzingen

*Kurz und bündig*

### Amazon: Größter Online-Händler in Deutschland

Mit beinahe 20 Milliarden (20 000 000 000) Euro Umsatz ist der US-Konzern erstmals zum stärksten Online-Händler in Deutschland geworden und überholte damit die Ford-Werke und Exxon-Mobil. Amazon verhindert immer noch Betriebsräte, um seine Billiglöhne durchzusetzen.

### Hartz IV: Sieben Euro mehr

Hartz IV-Empfänger sollen ab dem kommenden Jahr mindestens sieben (7) Euro mehr pro Monat bekommen. Keine Steigerung ist zunächst für Sechs- bis 13-Jährige geplant.

### Keine Patente auf Saatgut

Die Große Beschwerdekammer, die höchste gerichtliche Instanz des Europäischen Patentamts (EPA), hat beschlossen, dass Pflanzen und Tiere aus herkömmlicher Züchtung nicht patentiert werden dürfen. Bisher hatte das EPA immer wieder Patente z.B. auf Tomaten und Broccoli erteilt.

### Schiedsverfahren mit Verkehrsminister Scheuer hinter verschlossenen Türen

Die vorgesehenen Betreiber (Kapsch und CTS Eventim) der Pkw-Maut fordern vom Bund 560 Millionen Euro Schadenersatz. Scheuer weist die Forderungen zurück.

# War wohl - leider - nichts

## Paritätsgesetze gekippt

**Die Verfassungsgerichte der Bundesländer Thüringen und Brandenburg habe die dort verabschiedeten Paritätsgesetze für nichtig erklärt.**

Natürlich wäre es angemessen, dass Männer und Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (Frauenanteil 51,5 Prozent) vertreten sind. Grob betrachtet ist also der Frauen- bzw. Männeranteil gleich. Im 19. Bundestag beträgt der Frauenanteil 30,7 Prozent. Frauen sind also gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil deutlich unterrepräsentiert. Konkret heißt das, dass 218 Frauen 491 Männern gegenüber sitzen. Gemessen an diesen Zahlen sind Frauen im Bundestag absolut chancenlos. Mit 26,6 Prozent Frauenanteil im Landtag liegt Baden-Württemberg an drittletzter Stelle aller Bundesländer.

Gleiches Wahlrecht heißt, dass Frauen und Männer das gleiche Recht zu wählen (aktives Wahlrecht) haben wie auch gewählt zu werden (passives Wahlrecht). Es heißt nicht, dass Frauen und Männer zu gleich großen Teilen in Gremien z.B. Parlamenten vertreten sein müssen - dürfen jedoch schon.

Ob eine verordnete Zwangsgleichstellung politisch sinnvoll ist, muss hinterfragt werden. Allein, dass ein Parlament paritätisch - zu gleichen Teilen mit Männern und Frauen - besetzt ist, wird wohl kaum zu „besseren“ Beschlüssen führen. Aber darum geht es auch nicht. Ein Paritätsgesetz sollte nur mehr Frauen auf die Wahllisten hieven. Dass die AfD zu den Klägerinnen gehört, muss nicht wundern, denn nicht einmal jedes fünfte Mitglied der Partei (17,8 Prozent) ist eine Frau. Die Herstellung der Parität wäre ein wohl nur schwer lösbares Problem.

Das Reißverschlussprinzip sollte abwechselnd Männer und Frauen auf die Wahllisten bringen, um die Möglichkeit Frauen zu wählen zu vergrößern. Wenn nur wenige Frauen auf den Wahllisten zu finden sind, können auch nur wenige Frauen gewählt werden. Da setzen die Paritätsgesetze an. Wie dann die Wähler und Wählerinnen abstimmen, ist eine ganz andere Sache.

Von derzeitiger struktureller Diskriminierung von Frauen bei Wahlen zu sprechen, dürfte einer objektiven Betrachtung nicht standhalten, eher schlagen in den Parteien Strukturen durch, die eigentlich als überlebt gelten sollten. Noch immer sind oftmals ihre Orte: Kinder, Küche, Kirche.

Aber liegt es nicht an uns Frauen sich ins Gespräch zu bringen und sich auf die Listen zu drängen? Wenn wir den Männern fundiert Paroli bieten, sind wir nicht chancenlos. Wer aufgibt, hat schon verloren. Daran würde auch ein Paritätsgesetz nichts ändern.



Ich bin überzeugt, dass sich bei vielen Themen die Blickwinkel von Frauen und Männern deutlich unterscheiden. Diese unterschiedlichen

Sichtweisen müssen die Chance haben, sich in Entscheidungen in den Parlament niederzuschlagen.

Grob zusammengefasst: die Gerichte sehen durch die Festlegung einer Reihenfolge auf den Listen das Demokra-

tieprinzip verletzt. Organisationsfreiheit, Programmfreiheit und die Wahlvorschlagsfreiheit müssten bereits im Vorfeld der Wahlen (Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten) gelten. Das Problem auf die Fragestellung zu reduzieren, was denn wichtiger sei, die Gleichberechtigung oder die Willens-

### Art. 3 Grundgesetz

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

bildung innerhalb der Parteien, halte ich für falsch.

Sollte es nicht möglich sein, beides in Einklang zu bringen? Wenn Art. 3 Abs. 2 GG Gültigkeit haben soll, dann müssen sich die Gesetzgeber schon noch etwas einfallen lassen - und wir Frauen auch, um die Männerdominanz zu brechen. Auch Frauen können Repräsentantinnen des ganzen Volkes sein.

Thüringen hat schon im August Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt.



**Karin Kern**

Wendelsheim

*Kurz und bündig*

### Gabriel „arbeitete“ für Tönnies

Sigmar Gabriel war seit Anfang der Corona-Krise für den Fleischfabrikanten Clemens Tönnies tätig. Als Bundeswirtschaftsminister hatte er 2015 die Produktion in der deutschen Fleischindustrie noch als „Schande für Deutschland“ bezeichnet. Jetzt ließ er sich als „Berater“ von Tönnies monatlich 10.000 Euro überweisen und zusätzlich einen vierstelligen Betrag für jeden Reisetag, berichtete die ARD-Sendung Panorama. Dieses lockere Verhältnis mit „Bezügen“ scheint unter SPD-Größen Gang und Gebe zu sein: Olaf Scholz rechnet sich mit einem Monatseinkommen von 30.000 Euro auch nicht zu den Reichen.

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

## Ordnungsamt übernehmen sie!

### Ein Lob der Bußgeldpädagogik

Vor einem Jahr, als noch niemand das böse C-Wort kannte, hätte sich niemand vorstellen können, dass sich das städtische Ordnungsamt als Hilfssheriff bei Schulen andienen wird. Aber die Zeiten ändern sich und werden niemals wieder wie zuvor. Die neue Normalität! Es wird Zeit, sie zur Kenntnis zu nehmen.

Das Ordnungsamt (siehe Kasten) ist sich seiner pädagogischen Verantwortung wohl bewusst, indem es betont, dass es sich beim Bußgeld um „das letzte Mittel“ handle, um gegen einen Verstoß gegen die Maskenpflicht im schulischen Bereich vorzugehen. Zuerst sollten die Schüler auf die Maskenpflicht aufmerksam gemacht werden und ermahnt werden und dann erst ...

Natürlich handelt das Ordnungsamt nicht im rechtsfreien Raum: Sein Vorgehen ist legalisiert durch § 19 Nr. 2 i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 6 CoronaVO. Dass der Oberbürgermeister von den ganzen Vorgängen keine Ahnung hatte, ist nur zu loben, denn wie sollte er sich auch auf einen Fake einlassen. Er hat ein wichtiges Erbe mit dem Gewerbegebiet anzutreten. Das braucht Aufmerksamkeit genug. Dass auch die Leiterin des Ordnungsamtes ahnungslos war, zeigt wohl wenig Problembe-

An:  
Bußgeldstelle  
Ordnungsamt Rottenburg

Die Bußgeldstelle bittet um möglichst genaue Angaben. Diese sind für den Fall eines Gerichtsverfahrens von erheblicher Bedeutung.

#### Ordnungswidrigkeit nach dem Infektionsschutzgesetz im Zusammenhang mit der CoronaVO

Art des Verstoßes	Adressat	Bußgeldrahmen in Euro	Regelsatz in Euro
Kein Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung im schulischen Bereich (§ 19 Nr. 2 i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 6 Corona VO)	Betroffene Person	25-250	35

wußtsein und viel Unwissenheit, was in ihrem Amt so läuft.

Kann man nur hoffen, dass die Schüler ein ordentliches Taschengeld bekommen, um das Bußgeld auch begleichen zu können. Die jeweiligen Erziehungsberechtigten werden ja hoffentlich das Bußgeld nicht begleichen, denn dann würde der erzieherische Wert sofort verpuffen und das Meldeformular wäre das Geld nicht wert, worauf es gedruckt wurde.

Glücklich können sich Missetäter dann schätzen, wenn sie das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Schön, dass die Jugendlichen bereits in der Schule darüber aufgeklärt werden, was Strafmündigkeit bedeutet.

Hoffen wir nicht, dass sich Mitschüler als Denunzianten zeigen oder gar Lob dafür erhalten und denunziatorisches

Verhalten lobend Erwähnung im Zeugnis findet.

Was mich aber sehr nachdenklich macht, ist die Tatsache, dass die Lehrerschaft doch wohl sehr an Autorität eingebüßt hat und ihr das Ordnungsamt mit einem Formular - einer Art Tatzenstock - zur Hilfe kommen muss. Die Lehrer

müssen uns diesbezüglich leid tun und bedürfen unseres Mitgeföhls.

Aber geht es vielleicht gar nicht darum, die Schüler zu erziehen, sondern den Lehrern klar zu machen, dass Lehrpläne in der neuen Normalität etwas anders auszusehen haben - Einhaltung der Maskenpflicht geht vor Stoffvermittlung - und dass sie des Beistandes der Hilfssheriffs auf dem Ordnungsamt sicher sein können?

Die Äußerung eines Schulleiters, für ihn habe die Mail „eher unterstützenden und keinen auffordernden Charakter“ gibt einerseits Hoffnung, dass er sich nicht zum Büttel des Ordnungsamtes macht, andererseits frage ich mich, weshalb er diese Unterstützung nicht barsch ablehnt.

Norbert Kern, Wendelsheim

# DIE LINKE.

## Neues aus dem Neckartal

Termine:

**Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpplatz**  
Samstag, 31. Oktober 2020, 10.00 - 12.00 Uhr

Bedingt durch die Corona-Maßnahmen **entfällt:**  
**Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg**

**Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpplatz**  
Samstag, 28. November 2020, 10.00 - 12.00 Uhr

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**  
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.  
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Novemberausgabe: 21. November 2020



**Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an**  
Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)  
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg  
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



**Redaktion und Gestaltung**  
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,  
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75  
72108 Rottenburg - Wendelsheim



**V.i.S.d.P.**  
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg